Datenschutzhinweise (Informationspflichten)
gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
für „Antrag auf Bildung einer Abfallgemeinschaft"

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
Steuerverwaltung
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Telefon: 05971/939-0
E-Mail: stadt@rheine.de

Beauftragter für den Datenschutz

Aktuelle Kontaktdaten zum Datenschutzbeauftragten entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung unserer Webseite.

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten unter
E-Mail: datenschutz@rheine.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden zum Zweck der Genehmigung eines Antrages auf Bildung einer Abfallgemeinschaft erhoben.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO in Verbindung mit §13 der Satzung über die Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung in der Stadt Rheine in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Kategorien von Empfängern (interne oder externe Weitergabe personenbezogener Daten)

Sie haben das Recht zu erfahren, welche Datenempfänger Ihre personenbezogenen Daten regelmäßig oder aufgrund von Anfragen anlass- oder fallbezogen erhalten.
Empfänger innerhalb der Stadt Rheine:

- Steuerverwaltung

Empfänger außerhalb der Stadt Rheine:

- Keine

Eine Drittlandsübertragung der personenbezogenen Daten findet nicht statt.

Dauer der Speicherung

Nach der Erhebung speichern wir Ihre personenbezogenen Daten über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Müllgemeinschaft bis zur Beendigung bzw. Aufhebung der Müllgemeinschaft.

Ihre Rechte als betroffene Person

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:
a) Auskunftsrecht: Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten

sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Artikel 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 48 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).
b) Recht auf Datenberichtigung: Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Artikel 16 DSGVO).
c) Recht auf Löschung, Recht auf Einschränkung: Bei Vorliegen gesetzlicher Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Artikel 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Artikel 18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Artikel 17 Absatz 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.
d) Widerspruchsrecht: Sie können gegen bestimmte Datenverarbeitungen widersprechen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).

Informationen zum Widerrufsrecht, sofern eine Verarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung erfolgt:
Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt für die Zukunft. Bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitungen bleiben rechtmäßig.

Beschwerderecht:
Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Artikels 51 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 38424-0
Fax-Nr.: 0211 38424-10,
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Bereitstellungspflicht

Sie sind gesetzlich verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten uns gegenüber anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus der Rechtsgrundlage, die unter dem Punkt „Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten“ dieses Datenschutzhinweises benannt ist. Wenn Sie Ihre Daten nicht angeben, hat dies zur Folge, dass der Antrag auf Bildung einer Abfallgemeinschaft nicht genehmigt werden kann.

Profiling

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht gesammelt und ausgewertet, um Persönlichkeits-, Verhaltens-, Bewegungsprofile o. Ä. von Ihnen zu erstellen, d. h. es findet kein Profiling statt.